

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte 30 Pf. Ausland: 1.50 M. pro Quartal. Postamt: Berlin, W. 10. No. 15. Telephon: 1000.

Dienstag, 30. Mai 1922

Abdruck aus der Arbeiter-Zeitung, Berlin, No. 15. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Einzelhefte 30 Pf. Ausland: 1.50 M. pro Quartal. Postamt: Berlin, W. 10. No. 15. Telephon: 1000.

## Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt Sammlungen für die Hungerenden Russlands in Waldeburg-Altwasser.

Trotz der steigenden Teuerung, trotzdem, daß der Arbeiter in Deutschland, der sich nicht begnügt, ein williger Arbeitssklave zu sein, sondern den Kampf gegen das Kapital aufnimmt, sich organisiert in Gewerkschaft und Partei, seine Arbeiterpresse unterstützt, so viel von seinem letzten Bohne weggeben muß, daß er mit seiner Familie nur ein Hundeleben führt, trotzdem erklamt die deutsche Arbeiterchaft nicht, die russischen Arbeiter und Bauern, welche von einer fürchterlichen Hungernot, der Folge einer ungewöhnlichen Dürre, betroffen worden sind, zu unterstützen. Und es sind nicht etwa die kommunistischen Arbeiter allein, die ihr Geld, um alles Kleingeld, ein Werkzeug aus der Lumpensammer beitragen. Nein, trotz der schmutzigen Abgenetze der sozialdemokratischen Wähler helfen auch SPD- und USPD-Arbeiter, so gut wie sie können.

Denn, wenn die Presse des Bürgertums in der Angst, die Arbeiterchaft könnte die ganze Herrschaft plötzlich greifen, wenn die Zeitungen der SPD-Bürokraten aus Furcht, das warme Plätzchen hinter dem kapitalistischen Dien zu verlieren, über den Sowjet-Imperialismus, über den roten Terror, über den bolschewistischen „Bürgerleben“, Krant und Mühen geizet haben, so wußte und weiß es ein jeder Arbeiter, eine jede Arbeiterin in ihrem tiefsten Innern: die russischen Brüder und Schwestern kämpfen und kämpfen nicht für sich allein, sondern für die unterdrückten und ausgebeuteten Massen der gesamten Welt, das war ihr fester Glaube, das ist auf ihren rote-Armeefahnen geschrieben, dafür haben sie Unzähliges geopfert und werden noch ungezählte Opfer bringen.

Der deutsche Proletariat hat nichts, aber er gibt alles für die Hungerhilfe, denn er weiß, daß dort an der Wolga der Hunger alles übersteigt, was Deutschland 1917 gesehen hatte, daß dort wörtlich Millionen Menschen Hunger sterben, sogar Menschenleichen verpestet werden . . .

Aber was kümmert das alles einen deutschen, parbon preussischen Staatsanwalt!

Die Sammelstelle Altwasser für die Hungerenden Russlands sammelte eine Risse mit Kleidungsstücken und Wertgegenständen im Gewicht von 11 kg und sandte sie weg. Die Risse wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, angeblich zur Prüfung des Inhaltes.

Dies ist ein Akt unerhörter Sabotage! Bekanntlich werden ja alle Sendungen nach Sowjetrußland vor ihrem Abtransport durch Postämter, Kriminalpolizei, Zollische Polizei, Hafenpolizei usw. umgeprüft, so daß das Eingreifen der Staatsanwaltschaft nur als ein Verschleppungsversuch gebrandmarkt werden kann. Die preussischen Behörden wissen sehr wohl, wie gerade eine rasche Hilfe Sowjetrußland Not tut, daß ein jeder Tag der Verschleppung hunderte Menschenleben kostet.

Aber darauf pfeift ein preussischer Staatsanwalt, ebenso, wie er auf den Rapallo-Vertrag pfeift. Was kümmert ihn, daß die deutsche Regierung sich mit Rußland im freundschaftlichen Verhältnis befindet? Wenn Spenden nach Rußland gehen sollen, so wird alles getan, um sie zu verschleppen, den Abtransport zu bremsen.

Und ist das verwunderlich? Kann man von einem Staatsanwalt, also parteilich einem ganz rechts stehenden Herrn, etwas anderes erwarten, wenn ihm nicht nur Hermes mit gutem Beispiele vorangeht, sondern wenn sozialdemokratische Regierungspräsidenten Sammlungen für die Hungerhilfe verboten haben?

Die Arbeiterchaft muß begreifen: Wenn preussische Staatsanwälte eingreifen, so nur zum Schutze des Kapitals. Es gilt also doppelt zu sammeln, zu seinem Sturze, zur Unterstützung der russischen Vorkämpfer der Arbeiterbefreiung!

## Die Rechtssozialisten und das Asylrecht in Deutschland.

Die zweite und zweieinhalb Internationale sind sehr auferregt darüber, daß den Sozialrevolutionären angehörige Attentäter gegen den Bestand der Sowjetrepublik und gegen das Leben führender Kommunisten in Rußland vor das revolutionäre Gericht in Rußland gestellt werden. Sie verlangen, daß die sozialrevolutionären Attentäter in Freiheit gesetzt werden und ihre konterrevolutionären Handlungen fortsetzen können. Die Sozialdemokratie insbesondere überhäuft Sowjetrußland mit den größten Schmähungen, weil Sowjetrußland sich nicht ohne jede Grenzwehr den Angriffen konterrevolutionärer Attentäter aussetzen lassen will. Die Suchtel der Sozialdemokraten wird offenbar, wenn man sich erinnert, mit welcher Selbstverständlichkeit, ja, mit welchem Anstand die deutschen Sozialdemokraten die Rußland-Revolutionäre im März 1921 als „Mörder“ bezeichneten. Sie verlangte kein sozialdemokratisches Blatt die der politischen Gefangenen. Auch jetzt noch stimmen die demokratischen Fraktionen in den Parlamenten die kommunistischen Annahmestricke nieder. Die sozialdemokratischen Minister weigern sich, diese gefangenen revolutionären Arbeiter freizulassen. Ja, sie gehen sich sogar als Schergen der Klassenjustiz des Auslandes her, lassen geflohene ausländische revolutionäre Arbeiter in die Gefängnisse werfen und abbeten sie der Justiz des konterrevolutionären Auslandes.

Vor einiger Zeit wurden in Deutschland die angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Diago verhaftet. Trotzdem die Arbeiterchaft ihre Freilassung forderte und trotzdem ein Zwang zur Auslieferung an Spanien garnicht vorlag, wurden die inhaftierten Kameraden Fort und Concepcion ten Genkern der spanischen Arbeiterchaft übergeben. Der rechtssozialistische Justizminister Dr. Rabbruch und der rechtssozialistische Polizeiminister Severing benutzten die fabelhaftesten Vorwände um zwei spanische Arbeiter den spanischen Genkern in die Hände zu spielen. Die Kommunisten hatten in den Parlamenten rechtzeitig gegen diese Absichten Einspruch erhoben. Die rechtssozialistischen Minister erklärten noch kurz vor der Auslieferung, daß die Frage der Auslieferung noch nicht entschieden sei, um sich durch diese Lüge vor einer Verantwortung der kommunistischen Anfrage zu drücken. In den letzten Tagen ist ein italienischer Kamerad Voltrini ausgeliefert worden. Trotzdem die italienische Regierung den Auslieferungsantrag gar nicht innerhalb der im deutsch-italienischen Auslieferungsvertrag vorgegebenen Frist gestellt hat, beillte sich auch die mal der rechtssozialistische Justizminister Dr. Rabbruch und der rechtssozialistische Innenminister Köster, den Wünschen der italienischen Justizjustiz Rechnung zu tragen. Augenblicklich sind noch zwei andere Italiener, Wachi und Ugezi, in Haft. Auch sie werden sicher von den rechtssozialistischen Ministern unter Mißachtung des Asylrechts den rachebürstigen Richtern Italiens überantwortet werden.

Die rechtssozialistischen Minister berufen sich in allen diesen Fällen darauf, daß die geflüchteten ausländischen Revolutionäre nicht politische, sondern „gemeine“ Verbrechen begangen hätten. Die Attentäter in Rußland, die mit Bomben und vergifteten Kugeln dem Leben Lenins nachstellten, die mit Hilfe ausländischer Kapitals Eisenbahnbrücken und Lebensmittellager in Rußland in die Luft sprengten und in Brand setzten — sie sind nach Auffassung der SPD, politische Idealfisten und anerkannte Sozialisten, die man freilassen müsse. Die revolutionären Arbeiter Spaniens und Italiens, die sich durch Terrorakte gegen Menschermord, Tortur und Zerstörung von Arbeiterzeitungen und Gewerkschaftsbüros durch die spanische Ordege und die italienischen Faschisten wehrten — sie sind nach Auffassung derselben SPD, gemeine Verbrecher und antidemokratische Terroristen, die die „freie Republik der Welt“ und sozialdemokratische Minister auszuliefern verpflichtet sind!

Durch diese Stellungnahme offenbart die SPD, von neuem, daß ihr nur daran liegt, Sowjetrußland den eigenen Feinden der Sowjetrepublik auszuliefern, Sowjetrußland unter allen Umständen zu verlernen. Wo Rechtssozialisten im Besitz des Staatsapparates sind, denken sie nicht daran, die Staatsgewalt zum Schutz von Sozialisten und Revolutionären auszunutzen. Da machen sie sich selbst zu Mitteln monarchistischer und konterrevolutionärer Feinde der Arbeiterchaft. Wenn die Sozialdemokraten rufen nach der Freilassung der Sozialrevolutionäre, dann werden wir ihnen mit tausendmal größerem Recht entgegenrufen: Ein Ende mit der Auslieferungsmaschinerie der sozialdemokratischen Minister Deutschlands und Preußens!

## „Der Burgfrieden zwischen Bolschewisten und Kapitalisten.“

Unter diesem Titel veröffentlicht Crispian einen Artikel in der „Freiheit“, der verdient als Flugblatt, mit unserer Antwort, abgedruckt zu werden, damit jeder ehrliche USPD-Arbeiter erkennt, wer seine Führer sind. In diesem Artikel teilt Crispian mit, daß Sowjetrußland in Genoa ein Abkommen mit den kapitalistischen Regierungen getroffen hat, in dem sich alle Vertragsschließenden verpflichten, innerhalb der nächsten sieben Monate auf jeden Angriff aufeinander zu verzichten, wie auch zu verzichten auf jede Propaganda, die sich gegen die staatlichen Einrichtungen eines der vertragsschließenden Staaten richtet. Ueber diesen Vertrag schreibt Crispian folgendes:

„Mit der Vereinbarung des Burgfriedenspaktes zwischen dem bolschewistischen Rußland und einer Reihe von kapitalistischen Staaten haben die Bolschewisten das selbe getan, was die Rechtssozialisten 1914 getan haben! Einstellung des revolutionären Klassenkampfes auf der ganzen Erde und Anbahnung von Arbeitsgemeinschaften mit Kapitalisten.“

Die Regierungsbolschewisten haben sich gegenüber anderen kapitalistischen Regierungen nicht nur verpflichtet, jede Tätigkeit für die internationale proletarische Einheitsfront zur Förderung der proletarischen Weltrevolution einzustellen, sie haben sich darüber hinaus verpflichtet, jede proletarische Bewegung auch in ihrem eigenen Lande zu unterdrücken, durch die der politische Status quo, d. h. der Bestand der kapitalistischen Regierungen, in den anderen am Vertrag beteiligten Staaten bedroht werden könnte.

Damit haben die Regierungsbolschewisten einen Trennungsschnitt gezogen zwischen sich und dem internationalen Proletariat. Sie haben damit nur erazent bestätigt, daß die Regierungspolitik der Bolschewisten andere Wege verfolgen muß, als die sozialistische Bewegung.“

Wir fordern jeden USPD-Arbeiter auf, diesen Satz sorgfältig zu lesen! Er besagt:

Es ist ein Verrat am Proletariat, wenn die Sowjetregierung sich verpflichtet, die kapitalistischen Staaten nicht zu überfallen, und dafür von ihnen die Verpflichtung erhält, daß sie die Sowjetrußland nicht überfallen. Nun bitten wir jeden Leser der USPD-Presse, sich zu erinnern, wie diese Presse sehr aggressiv auf die Sowjetregierung, mochte sie noch so sehr der Behauptung der Interessen der russischen Sowjetrepublik dienen, als Anzeiger kommunistischen Imperialismus brandmarkt. Sowjetrußland darf also unter keinen Umständen einen kapitalistischen Staat überfallen, denn das bedeutet, zu versuchen, den Kommunismus auf der Spitze der Bajonette in ein fremdes Land hineinzutragen, gegen die USPD immer protestierte. Was bedeutet dann die Anfrage gegen die Sowjetregierung, daß sie sich verpflichtet, auch den Überfall auf andere Staaten zu verzichten? Entweder hat die USPD-Presse die Arbeiter beschwindelt, als sie vom kommunistischen Imperialismus faselte und von der Sowjetregierung den Verzicht auf jeden militärischen Angriff forderte, oder sie schwindelt jetzt, wenn sie es einen Verrat an Arbeiter-

interessen nennt, daß die Sowjetregierung sich verpflichtet hat, die kapitalistischen Staaten nicht anzugreifen.

Es ist klar, daß ein proletarisches Staatswesen das Recht hat, vom Standpunkt der proletarischen Interessen, die kapitalistischen Staaten zu überfallen, wenn es die Kraft dazu hat, ebenso wie die Arbeiter ein Recht haben, bei guter Konjunktur in den Streik zu treten, um ihren Lohn zu erhöhen auf Kosten der Kapitalisten. Und es ist ebenso klar, daß ein proletarisches Staat ein Interesse hat, solange er nicht stärker ist, als die anderen, den Frieden zu wahren und sich den Frieden zu sichern durch diplomatische Abkommen, wenn sie zu erreichen sind. Das ganze Geröbe des Crispian bedeutet nur eins: Welt die Zwölfeinhalbjahrige in Brüssel ein Bündnis mit der Zweiten Internationale geschlossen hat, so mußte ein neuer Vorwand zum Angriff auf Sowjetrußland gefunden werden.

Der zweite Vorwurf des braven Crispian geht darauf hin, daß sich die Sowjetregierung verpflichtet habe, die Propaganda gegen die kapitalistischen Staatsregierungen einzustellen, keine Geldmittel für diese Propaganda zur Verfügung zu stellen und die Vorbereitung der Gewaltstreiche gegen die anderen Regierungen auf ihrem Territorium nicht zu dulden. Die kapitalistischen Staaten haben dieselben Verpflichtungen Sowjetrußland gegenüber übernommen.

Nun fragen wir die Leser der USPD-Presse: Ist ihnen nicht bekannt, daß die Sowjetregierung schon in ihrer Wochenblatte, in dem Breiter Vertrag sich verpflichtet hat, auf jede Propaganda usw. zu verzichten? Ist es ihnen nicht bekannt, daß Genosse Hoffe, der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, von der Regierung des Prinzen Max von Baden aus Berlin ausgewiesen worden ist unter der Anklage, daß er diese Verpflichtung gebrochen hat? Und ist es den Lesern der USPD-Presse bekannt, daß — als der letzte Chefredakteur der „Freiheit“, Dittmann, im November 1918 nach der Revolution zusammen mit seinen Parteigenossen Haase und Barth in die Regierung der Volksbeauftragten eintrat — sie bei den Verhandlungen mit der Sowjetregierung, die Haase durch Fernschreiber führte, als eine Bedingung für die Wiederaufnahme der Beziehungen die Forderung stellten, die Sowjetregierung solle auf jede Propaganda verzichten? Wir erinnern die Leser, wie oft die USPD-Presse Sowjetrußland anklagte, daß es Geld gebe für die Propaganda in anderen Ländern, wie oft machte sie den Kommunisten in anderen Ländern einen Vorwurf daraus, daß sie vom „russischen Golde“ leben. Es gab für die USPD kein größeres Verbrechen, als das Moskauer Gold und die Moskauer Propaganda. Und jetzt auf einmal: Mörder und Mörder, weil die Sowjetregierung sich noch einmal verpflichtet, wie sie sich in allen bisherigen Friedensschlüssen mit kapitalistischen Staaten verpflichtet mußte, daß sie auf jede Propaganda verzichten wird.

Man erinnere sich, wie die „Freiheit“ zusammen mit dem „Vorwärts“ und der ganzen bürgerlichen Presse darüber getreten, die Märzämpfe seien von Moskau aus angezettelt. Jetzt jetzt sie darüber, daß die Sowjetregierung zum hundertsten Male erklärt, daß sie nicht erlauben wird, von Moskau aus Aufstände zu organisieren.

Interessen nennt, daß die Sowjetregierung sich verpflichtet hat, die kapitalistischen Staaten nicht anzugreifen.

Es ist klar, daß ein proletarisches Staatswesen das Recht hat, vom Standpunkt der proletarischen Interessen, die kapitalistischen Staaten zu überfallen, wenn es die Kraft dazu hat, ebenso wie die Arbeiter ein Recht haben, bei guter Konjunktur in den Streik zu treten, um ihren Lohn zu erhöhen auf Kosten der Kapitalisten. Und es ist ebenso klar, daß ein proletarisches Staat ein Interesse hat, solange er nicht stärker ist, als die anderen, den Frieden zu wahren und sich den Frieden zu sichern durch diplomatische Abkommen, wenn sie zu erreichen sind. Das ganze Geröbe des Crispian bedeutet nur eins: Welt die Zwölfeinhalbjahrige in Brüssel ein Bündnis mit der Zweiten Internationale geschlossen hat, so mußte ein neuer Vorwand zum Angriff auf Sowjetrußland gefunden werden.

Der zweite Vorwurf des braven Crispian geht darauf hin, daß sich die Sowjetregierung verpflichtet habe, die Propaganda gegen die kapitalistischen Staatsregierungen einzustellen, keine Geldmittel für diese Propaganda zur Verfügung zu stellen und die Vorbereitung der Gewaltstreiche gegen die anderen Regierungen auf ihrem Territorium nicht zu dulden. Die kapitalistischen Staaten haben dieselben Verpflichtungen Sowjetrußland gegenüber übernommen.

Nun fragen wir die Leser der USPD-Presse: Ist ihnen nicht bekannt, daß die Sowjetregierung schon in ihrer Wochenblatte, in dem Breiter Vertrag sich verpflichtet hat, auf jede Propaganda usw. zu verzichten? Ist es ihnen nicht bekannt, daß Genosse Hoffe, der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, von der Regierung des Prinzen Max von Baden aus Berlin ausgewiesen worden ist unter der Anklage, daß er diese Verpflichtung gebrochen hat? Und ist es den Lesern der USPD-Presse bekannt, daß — als der letzte Chefredakteur der „Freiheit“, Dittmann, im November 1918 nach der Revolution zusammen mit seinen Parteigenossen Haase und Barth in die Regierung der Volksbeauftragten eintrat — sie bei den Verhandlungen mit der Sowjetregierung, die Haase durch Fernschreiber führte, als eine Bedingung für die Wiederaufnahme der Beziehungen die Forderung stellten, die Sowjetregierung solle auf jede Propaganda verzichten? Wir erinnern die Leser, wie oft die USPD-Presse Sowjetrußland anklagte, daß es Geld gebe für die Propaganda in anderen Ländern, wie oft machte sie den Kommunisten in anderen Ländern einen Vorwurf daraus, daß sie vom „russischen Golde“ leben. Es gab für die USPD kein größeres Verbrechen, als das Moskauer Gold und die Moskauer Propaganda. Und jetzt auf einmal: Mörder und Mörder, weil die Sowjetregierung sich noch einmal verpflichtet, wie sie sich in allen bisherigen Friedensschlüssen mit kapitalistischen Staaten verpflichtet mußte, daß sie auf jede Propaganda verzichten wird.

Man erinnere sich, wie die „Freiheit“ zusammen mit dem „Vorwärts“ und der ganzen bürgerlichen Presse darüber getreten, die Märzämpfe seien von Moskau aus angezettelt. Jetzt jetzt sie darüber, daß die Sowjetregierung zum hundertsten Male erklärt, daß sie nicht erlauben wird, von Moskau aus Aufstände zu organisieren.







# Maß der Matur.

## Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen.

# Dem Kampf der Arbeit.



Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen.

# Dem Kampf in Süddeutschland.

Das Ergebnis der Verhandlungen der Gewerkschaften in Süddeutschland ist ein Sieg. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Matur zu messen.

# Die Mutter.

Die Mutter ist ein wunderbares Wesen. Sie ist die Liebe, die uns alles gibt. Sie ist die Kraft, die uns alles ermöglicht. Sie ist die Hoffnung, die uns alles verspricht.

# Gebt für die „Rote Hilfe“.

Die Mutter ist ein wunderbares Wesen. Sie ist die Liebe, die uns alles gibt. Sie ist die Kraft, die uns alles ermöglicht. Sie ist die Hoffnung, die uns alles verspricht.

Die Mutter ist ein wunderbares Wesen. Sie ist die Liebe, die uns alles gibt. Sie ist die Kraft, die uns alles ermöglicht. Sie ist die Hoffnung, die uns alles verspricht.

Die Mutter ist ein wunderbares Wesen. Sie ist die Liebe, die uns alles gibt. Sie ist die Kraft, die uns alles ermöglicht. Sie ist die Hoffnung, die uns alles verspricht.



# Zusammenfassend.

Der Reichstag hat am 25. Mai 1922 die Beschlüsse über die Einheitsfront der Arbeiterpartei angenommen. — Der Reichstag hat am 25. Mai 1922 die Beschlüsse über die Einheitsfront der Arbeiterpartei angenommen. — Der Reichstag hat am 25. Mai 1922 die Beschlüsse über die Einheitsfront der Arbeiterpartei angenommen.

A. R. ... Die amerikanische Kapitalmacht ist die stärkste Macht der Welt. Sie hat die Fähigkeit, die Welt zu beherrschen. Die amerikanische Kapitalmacht ist die stärkste Macht der Welt. Sie hat die Fähigkeit, die Welt zu beherrschen.

Was kann wirklich das amerikanische Kapital und was kann es nicht? Ohne Zweifel ist die gegenwärtige Machtstellung von Weltmacht gewollt. Amerika besitzt die Hälfte aller Goldes, das auf der Erde im Umlauf ist. Amerika hat überdies Forderungen an Europa in Höhe von 60 Milliarden Goldmark.

Morgans Verhandlungen in Paris ... Morgans Verhandlungen in Paris ... Morgans Verhandlungen in Paris ... Morgans Verhandlungen in Paris ... Morgans Verhandlungen in Paris ...

# Der Kampf um die Einheitsfront von unten.

## Eine Konferenz von Betriebs-Delegationen aus dem Reich in Berlin.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat die Aufgabe der Einheitsfront zu lösen. Die deutsche Arbeiterbewegung hat die Aufgabe der Einheitsfront zu lösen. Die deutsche Arbeiterbewegung hat die Aufgabe der Einheitsfront zu lösen.

Am Sonntag, den 20. Mai, hatten sich von überall her, insbesondere aus Mitteldeutschland, Delegationen in Berlin versammelt. Am Sonntag, den 20. Mai, hatten sich von überall her, insbesondere aus Mitteldeutschland, Delegationen in Berlin versammelt.

Die Delegationen haben sich in der Diskussion über die Einheitsfront geäußert. Die Delegationen haben sich in der Diskussion über die Einheitsfront geäußert. Die Delegationen haben sich in der Diskussion über die Einheitsfront geäußert.

Die Diskussion wurde durch die Beschlüsse der Konferenz abgeschlossen. Die Diskussion wurde durch die Beschlüsse der Konferenz abgeschlossen. Die Diskussion wurde durch die Beschlüsse der Konferenz abgeschlossen.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

## Die Konferenz der Betriebsdelegationen und die Auflösung der Reinerkommission.

Die am 25. Mai in den Sophien-Sälen in Berlin versammelten Betriebsdelegationen aus verschiedenen Teilen Deutschlands haben von den Delegierten ihrer Betriebe den Auftrag erhalten, von der Reinerkommission die sofortige Einberufung des Arbeiterweltkongresses zu fordern.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung. Die Beschlüsse der Konferenz sind von großer Bedeutung.

## Der Goslarer Städtetag und die Kommunisten.

Die Vertreter der SPD. auf dem Goslarer Städtetag ... Die Vertreter der SPD. auf dem Goslarer Städtetag ... Die Vertreter der SPD. auf dem Goslarer Städtetag ...

## Deutschland soll Industrie-Kolonie der Entente werden.

Es wird bekanntgegeben, dass ... Es wird bekanntgegeben, dass ... Es wird bekanntgegeben, dass ...











# Wirtschaftliche Rundschau

## Absatzkrise und Achtstundentag.

Die Kapitalisten versuchen, durch Ver längerung der Arbeitszeit, durch Herabsetzung der Löhne, Erhöhung der Arbeitsleistung die Krise zu überwinden. Sie fordern die gleichen Mittel, sowohl in den Überproduktionsgebieten als auch in den Gebieten der Unterproduktion. Es scheint die allgemeine Meinung zu sein, daß die allgemeine Arbeitslosigkeit und Ver längerung der Arbeitszeit, die viele Millionen Arbeiter arbeitslos sind und die Krise sich vor allem in der Unverkäuflichkeit der Waren auf dem Weltmarkt zu erheben gibt. Aber für den einzelnen Kapitalisten Englands und Amerikas zeigt sich die Krise in einer anderen Form: der einzelne Kapitalist findet, daß seine Ware auf dem Weltmarkt unverkäuflich sei, weil seine Produktionskosten im Vergleich zu jenen Deutschlands oder Polens zu hoch seien. Ver längerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne bedeutet für ihn erhöhte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Daß die Ver längerung der Arbeitszeit und die Ver größerung der Arbeitsleistung in den Gebieten der Überproduktion zu einer noch größeren Arbeitslosigkeit, zu einer Verschärfung der Krise führen würden, um das kümmert sich der einzelne Kapitalist nicht.

(E. Varga, Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.)

## Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung.

A.E. Auch in Deutschland gehen die Unternehmer nunmehr aufs Ganze. Was die deutschen Unternehmer vor kurzer Zeit nur verhüllt andeuteten, das sprechen sie jetzt auf ihren Tagungen ganz unzweideutig und offen aus. Der Kampf der süd-deutschen Metallindustriellen ist die Probe aufs Exempel. Es geht um den Lohnabbau und um die Abschaffung des Achtstundentages, den sich die deutsche Arbeiterschaft durch die Kämpfe vieler Jahre errungen hat.

Diese Entwicklung geht nicht nur in Deutschland vor sich. Nicht nur in Deutschland versuchen die Unternehmer die Arbeitszeit zu verlängern. Fast in allen Industrielandern können wir diesen Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft um die Länge der Arbeitszeit und um die Lohnhöhe feststellen. Was soll durch diese Arbeitszeitverlängerung erreicht werden in einer Zeit, in der etwa zehn Millionen Arbeitslose auf der ganzen Welt vorhanden sind, in der also genügend unbeschäftigte Kräfte vorhanden wären, um die Produktion zu steigern?

Es kommt in der kapitalistischen Wirtschaft nicht auf eine Steigerung der Produktion, um mehr für den Gebrauch des einzelnen und der Gesamtheit zu produzieren, an, sondern der Unternehmer produziert oder läßt vielmehr produzieren, um Profit zu machen. In der Absatzkrise, in der sich die Weltwirtschaft befindet, kommt es dem einzelnen Unternehmer, der einzelnen Unternehmergruppe oder den Unternehmern eines Landes darauf an, mit so billigen Produktionskosten zu arbeiten, daß die Konkurrenz unterbieten werden kann. Diese Verringerung der Produktionskosten soll erreicht werden durch einen Lohnabbau und eine Arbeitszeitverlängerung.

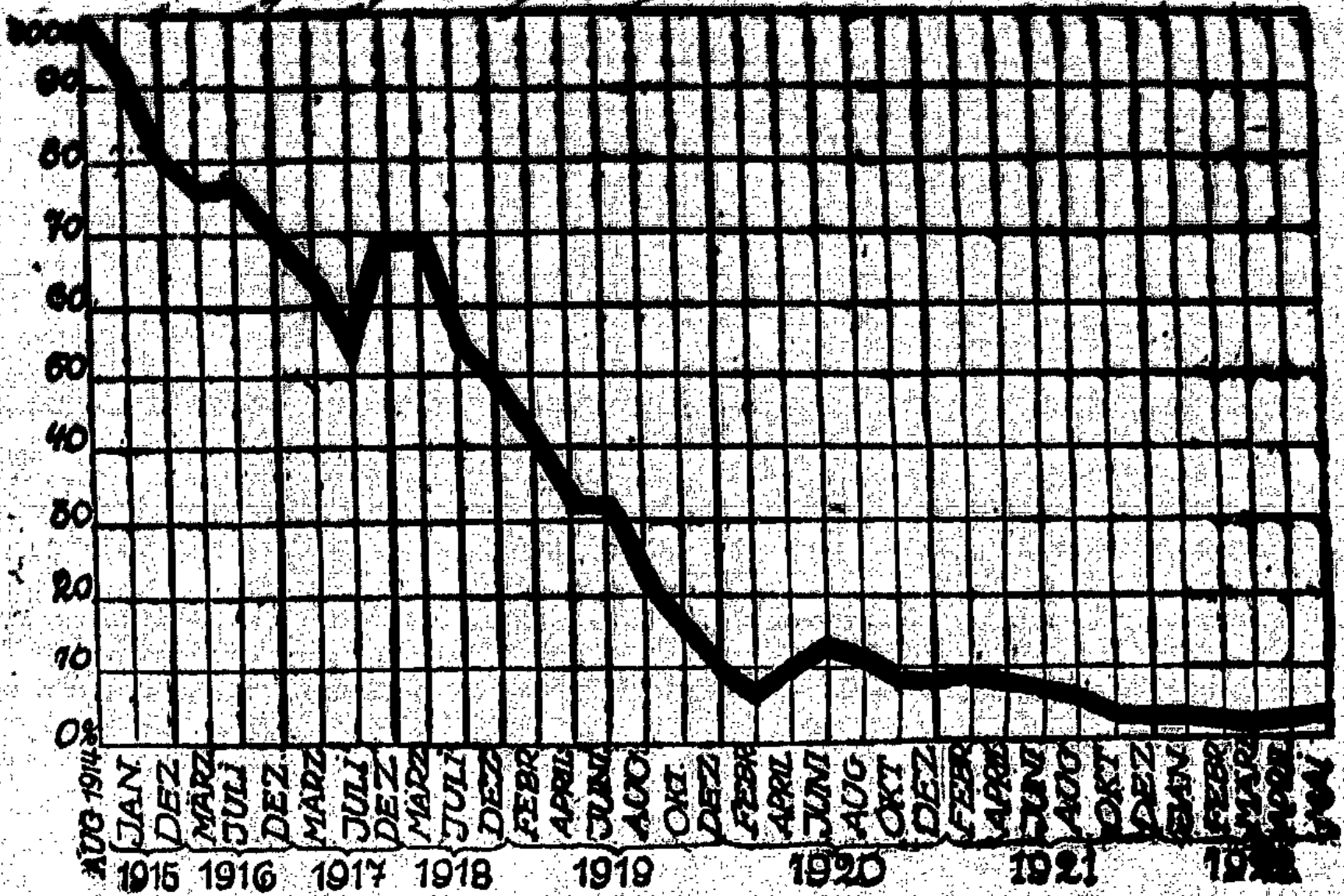
In Deutschland geht die Taktik der Unternehmer dahin, den Achtstundentag zu beseitigen. Durch die Entwertung der Mark und das fortwährende Sinken des Reallohnes hat tatsächlich ein Lohnabbau in Deutschland seit Jahr und Tag stattgefunden. Solange die Mark sinkt, findet Lohnabbau statt, ohne daß die nominelle Höhe des Lohnes sinkt. Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der alle deutschen Unternehmer vereinigt, hat der Vorsitzende Sorge in der Eröffnungssitzung am 22. Mai wörtlich gesagt: „Ob wir uns den Luxus des Allgemeinen Feierabends am frühen Nachmittag leisten können, ist sehr fraglich.“ Der Hansabund organisiert durch ein vertrauliches Rundschreiben an seine Mitglieder einen großzügigen Feldzug, vor allem auch in der Presse gegen den Achtstundentag. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Maschinenbauanstalten, Borsig, hat vor wenigen Tagen auf einer Tagung dieses Verbandes erklärt, daß die Arbeitszeit verlängert werden und die Löhne abgebaut werden müssen.

Tatsächlich ist für eine kurze Zeit durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, wenn sie nicht auf einmal in allen Ländern, sondern nur in einem Land vor sich geht, eine gewisse Besserung der wirtschaftlichen Lage und eine geringe Hebung des Exports möglich. So ist es erst kürzlich der englischen Industrie gelungen, eine ganz leichte Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage durch derartige Maßnahmen herbeizuführen.

Durch diese Ergebnisse werden dann große Arbeitermassen irreführt. Wenn die Geschäftslage tatsächlich nur durch Arbeitszeitverlängerung und einer damit verbundenen Lohnkürzung erreicht werden kann, dann muß man wohl oder übel in den sauren Apfel beißen.“ So argumentieren dann viele Arbeiter und ergeben sich in ihr Los. Daß die so vorübergehende Besserung aber nur so lange anhalten kann, als die Arbeitszeitverlängerung und der Lohnabbau in den anderen Ländern noch nicht durchgeführt ist, bekommen die Arbeiter dann in der Regel bald genug zu spüren. Dann werden in den Konkurrenzländern dieselben Maßnahmen getroffen, dann ist wieder das alte Verhältnis hergestellt, nur mit dem Unterschied, daß nunmehr die Löhne in allen Ländern niedriger sind, die Arbeitszeit länger und die Arbeitslosigkeit größer als bisher ist. Aber noch ein weiteres ist hinzutreten. Die Arbeitslosen, deren Zahl gesteigert wurde, können nun noch weit weniger als früher konsumieren und kaufen. Daher wird die Nachfrage nach Produkten aus Mangel an Geld noch mehr zurückgehen, und das Ende der ganzen Operation wird neben der Vergrößerung des Proletariats statt einer Steigerung eine Verminderung der Produktion sein.

Die Gefahr für die Arbeiterschaft ist riesengroß, nur wenn sie vereint alle Kräfte im Kampfe einsetzt, wird sie diese abschlagen.

## Die Entwertung der Mark.



Das Schaubild zeigt die Bewegung der deutschen Mark im prozentualen Verhältnis zum Friedensstand. Als Grundlage werden die Notierungen am letzten des Monats in Zürich genommen. Der Stand am 1. August 1914 wird mit 100 Prozent angenommen, der Stand am 1. Mai 1922 beträgt nicht 2 Prozent. Waren 1914 etwa 80 Pfennige 1 Schweizer Franc, so ist heute, nach der Notierung vom 22. Mai, 1 Schweizer Franc fast 60 Mark. Der Schweizer Franc ist um das mehr als Siebzigfache gegenüber dem Friedensstand gestiegen. Schon im ersten Kriegsjahr fällt die Mark um 10 Prozent, und in den folgenden um weitere 20, um im Jahre 1917 um weitere 15 Prozent zu fallen. Der Handel Deutschlands stockt, die Kolonien, ausländische Beteiligungen und Schifffahrt bringen keine Einnahmen. Hingegen muß Deutschland und zwar hauptsächlich mit Gold aus dem neutralen Ausland Lebensmittel und die für das Kriegsmaterial notwendigen Rohstoffe kaufen. Der Krieg erfordert eine ungeheure Menge von Rohstoffen, Material und Fertigfabrikaten, er verlicht ungeheure Werte. Die Industrie und die Großbetriebe der Landwirtschaft treiben Raubbau an sachlichen und menschlichen Produktionsapparaten. Die Industrie erhält nicht genügend Rohstoffe und muß vielfach mit Ersatzstoffen arbeiten. Fast 10 Millionen Männer sind der produktiven Arbeit entzogen. Alte Leute, Frauen und Kinder, angeblich Arbeiter müssen ihre Stelle im Produktionsprozeß vertreten. Dies alles wirkt auf die deutsche Wirtschaft und auf den Stand der deutschen Reichsmark.

Nach einer kurzen Erholung, die mit der Besserung der politischen Verhältnisse durch die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk herbeigeführt wird, sinkt die Mark weiter, um am Tage der Revolution auf etwa 58 Prozent ihres Friedenswertes zu stehen. Von da an bis zum März 1920 fällt die Mark unaufhörlich stark. Sie sinkt bis an etwa 5 Prozent ihres Friedenswertes. Die Ungewißheit der inneren Lage, vor allem aber die wirtschaftlich ungeheuer schweren Friedensbedingungen von Versailles, die Zahlungen an die Entente, die Notwendigkeit für Gold, Lebensmittel und Rohstoffe einzuführen, die passive Handels- und Zahlungsbedingungen bedingen dieses scharfe Fallen der deutschen Mark. Nach einer geringfügigen Besserung setzt 1921 ein neuer Sturz der Mark ein, die sich dann vom Oktober 1921 bis jetzt mit geringfügigen Ausnahmen auf demselben Stand erhält. Ob das Fallen der Mark in den letzten Tagen einen neuen Sturz der Mark einleitet, ist noch ungewiß.

Die fortschreitende Entwertung der Mark und das damit verbundene Sinken des Reallohnes der deutschen Arbeiterschaft hat die deutsche Industrie konkurrenzfähig gemacht und eine Scheinkonjunktur gebracht. Ein Steigen der Mark gefährdet diese Scheinkonjunktur und bringt eine Absatzkrise in drohender Nähe. Ein weiteres Fallen der Mark aber bedeutet, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sein wird, die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Ausland zu beziehen. Auch die zeitweilige Scheinblüte der deutschen Wirtschaft darf die Arbeiterschaft nicht über die große Krise, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, hinwegtäuschen.

## England wird durch Lohnabbau konkurrenzfähig.

Die britische Wirtschaft hat eine schwere Krise mitzumachen. Die Industrie findet nicht genügend Absatz für seine Produkte. In Indien und China sind neue Industrien entstanden, die Produktion Japans und der Vereinigten Staaten hat sich vergrößert und Mittel- und Osteuropa sind nicht aufnahmefähig. Die Größe der Krise wird dadurch gekennzeichnet, daß es zeitweilig zwei Millionen Arbeitslose gab.

In der letzten Zeit ist es gelungen, eine gewisse Besserung herbeizuführen. Wie ist das geschehen? Durch Verbilligung der Produktionskosten, Lohnabbau und Verbilligung der Rohstoffe. Die Verbilligung der Rohstoffe ist aber größtenteils auch nur auf den Lohnabbau zurückzuführen, so daß es also der englischen Industrie möglich war, durch Lohnabbau die Produktionskosten zu vermindern. Die wichtigsten Arbeiterkategorien, wie die Berg- und Metallarbeiter, die Bau-, Textil- und Transportarbeiter sind von diesem Lohnabbau betroffen worden. Gewaltige Kämpfe, wie der zwölfwöchige Bergarbeiterstreik, haben keinen Erfolg im Abwehrkampf erreichen können. Durch diese Verbilligungen war ein etwas größerer Absatz möglich, so daß die englische Industrie mit den ausländischen Industrien erfolgreich konkurrieren konnte. Allerdings ist auch die Grenze der Verbilligungsmöglichkeit erreicht. Denn wenn der Arbeiter auch einen ganz geringen gewissen Lohn nicht mehr erhält, so muß er verhungern und kann nicht mehr produzieren. Für eine gewisse Zeit bedeutet aber der Lohnabbau eine Besserung der Lage der Industrie.

## Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung in der Schweiz.

Ebenso wie die anderen neutralen valastarken Länder befindet sich auch die Schweiz in einer großen Wirtschaftskrise. Die Ausbeute ist außerordentlich zurückgegangen und das kleine Land zählt 1.000.000 Arbeitslose. Zahlreiche große Industrieunternehmen und Banken haben Konkurs ansagen müssen. Die Industriellen wollen nun eine Besserung der Lage herbeiführen. Wie tun sie das? Sie beginnen mit dem Lohnabbau und zwar zuerst in der Maschinenindustrie.

Der Bundesrat von Zürich hat außerdem bereits seine Zustimmung zur Änderung des Fabrikgesetzes, durch welches den Arbeitern der Achtstundentag garantiert wird, gegeben. Die Arbeitszeit soll nach dem neuen Gesetz etwa 54 Stunden in der Woche dauern. In vielen Orten ist bereits der Neunstundentag praktisch eingeführt worden. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat die 52 Stundenwoche bewilligt für Siggerei, Zimmerer, Ziegelbacksteinfabrikation, für die Maschinenstickerer, für Spenglerer, Bleicherer, Färberer und eine Menge anderer Industriezweige.

Man hofft auf diese Weise die Produktionskosten zu verbilligen und auf den Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Wir sehen überall das gleiche Bild: Die Kapitalisten versuchen, durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung mit ihren Produkten am Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

## Lohnabbau in Schweden.

Auch Schweden hat eine schwere Absatzkrise mitzumachen. Die Arbeitslosenziffern stiegen im Jahre 1921 stark. Über 100.000 Arbeiter arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit. Die Krise der Industrie und den Banken griff auch auf die Landwirtschaft über. Was taten die schwedischen Kapitalisten in dieser schwierigen Situation? Sie wandten die gleichen Mittel an wie die Kapitalisten der anderen Länder: Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Zuerst sollte eine Lohnverkürzung um ungefähr 10 bis 20 Prozent vorgenommen werden. Später sogar um 50 bis 60 Prozent. Durch alle diese Maßnahmen hoffte die schwedische Industrie, aus dieser großen Krise herauszukommen und konkurrenzfähig am Weltmarkt zu werden.

## In Deutschland Weltmarktpreise — in Holland bessere wirtschaftliche Lage.

Holland hat, wie die meisten neutralen Staaten, die während des Krieges außerordentlich viel verdienten, unter einer schweren Absatzkrise zu leiden. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer sehr bedeutend. Die Geschäftsberichte zeigen einen starken Geschäftserfolg. Einige Bankinstitute und Industrieunternehmen sind zusammengebrochen. Das holländische Kapital wandert in beträchtlichem Maße nach Ländern mit billigerer Arbeitskraft aus: nach Polen und nach Deutschland. In Polen wurde kürzlich eine polnisch-holländische Petroleumgesellschaft gegründet; in Deutschland ist holländisches Kapital an der Öl- und Steinindustrie und am deutschen Handel beteiligt.

Die Absatzkrise hat in der letzten Zeit etwas abgenommen. Die Arbeitslosenziffern sind gesunken. Wodurch ist das geschehen? Die holländische Absatzkrise steht im Zusammenhang mit dem deutschen Schleuderexport. Die deutsche Industrie hat durch die niedrigen Löhne der deutschen Arbeiterschaft alle anderen Industrien unterboten. Das Steigen der deutschen Preise auf Weltmarkthöhe hat diese Unterbietungs- und Konkurrenzfähigkeit eingeschränkt. Nur dadurch ist die leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage Hollands und die Zunahme seiner Ausfuhr zu erklären.



